

Schwarze Risiken, bunte Revolutionen.

Grundeinkommen und Ökobonus als konkrete Schritte zu mehr sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit«

Meine Damen und Herren,

Wir erleben derzeit eine ebenso aufregende wie entlarvende politische Debatte.

Aufregend ist sie, weil jetzt in kurzer Zeit die zweite große existenzielle Krise – nach der Umweltkrise die Finanz- und Wirtschaftskrise – diese Republik erschüttert.

Entlarvend ist die Debatte, weil sie in der Politik offenbar innerhalb von wenigen Wochen ein Wechselbad der Gefühle auslöst – mit kuriosen Folgen.

Noch Anfang September schien in Berlin alles Ordnung. Ich war dort.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz sah die Zahl der Arbeitslosen auf unter drei Millionen zurückgehen. Angela Merkel sagte: »Drei Jahre nach dem Regierungswechsel spüren wir: Es geht uns wieder besser in Deutschland«. SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier ist geradezu euphorisch: »Wir erleben gerade ein Wirtschaftswunder und die rot-schwarze Agenda hat dafür die Grundlage gelegt«.

Doch inzwischen herrscht die Krise. Inzwischen jagt ein Vorschlag den nächsten: staatliche Investitionen, Mehrwertsteuer senken, Einkommenssteuer senken, Konsumgutscheine, Abwrackprämie und vieles andere mehr.

Zugegeben: Nicht alle Vorschläge sind falsch. Auch zugegeben: Die gegenwärtige Lage ist schwierig. Aber eines ist fast unglaublich. Dass sich Politik immer noch so schwer tut, auf eine existenzielle Krise mit Konzepten zu reagieren, die wirklich auf die komplexen Probleme zugeschnitten sind. Es sind fünf

1. Die Armut wächst: Nach dem Armut- und Reichtumsbericht sind ein Viertel der Deutschen von Armut bedroht, darunter 2,5 Millionen Kinder. Dagegen besitzen die zehn Prozent reichsten Haushalte (2007) 61,1 Prozent des privaten Vermögens – 2002 waren es noch 57,9 Prozent. Zwischen sechs und sieben Millionen Erwerbstätige verdienen weniger als 7,5 Euro pro Stunde. Sie können von ihrer Arbeit nicht leben. In 15 bis 20 Jahren werden knapp die Hälfte aller älteren Menschen eine Rente erhalten, von der sie nicht leben können. Wenn sich dies in den Aufschwung-Jahren abspielte, wie wird dann der Abschwung?

2. Der Arbeitsmarkt löst sich langsam auf. Die Regelarbeitsgesellschaft mit tariflich bezahlten Vollzeitarbeitsplätzen zerfällt in Minijobs, Midijobs, Honorarverträge, Leiharbeiter, neue Selbstständige, Teilzeit; fast jeder zweite Arbeitnehmer unter 30 hat einen befristeten Arbeitsvertrag. Ein Viertel der Beschäftigten haben keine dauerhaften Jobs. In vielen Betrieben werden die Arbeitsbedingungen schlechter – bis hin zu Überwachung und Bespitzelung. Die befristeten Arbeitsverhältnisse und die Leiharbeit schaffen Industrie-Nomaden nach dem Motto: Heute hier, morgen dort. Stabile Partnerschaften, ein Leben mit Kindern oder gesellschaftliches Engagement sind so nicht zu erwarten.

3. Die Finanzkrise zeigt ein Grundproblem der wirtschaftlichen Entwicklung. Geld und Unternehmen werden zu Spekulationsobjekten. In den Teilen der Wirtschaft herrscht bloßes Renditedenken. Hedgefonds, private equity firms und internationalen Großbanken agierten rund zehn Jahre fast völlig unkontrolliert. Sie entwickelten ständig neue Finanzinstrumente, die niemand mehr überschaut und die hochspekulativ sind. Die Geldmenge ist schneller gewachsen als die Wirtschaft – das Geld dient längst nicht mehr der realen Wirtschaft sondern der Rendite. Die großen Mengen von Anlagekapital haben die Rendite-Erwartungen von rund vier Prozent in den siebziger Jahren auf derzeit rund 25 Prozent des eingesetzten Kapitals erhöht. Um diese zu

erzielen, wirtschafteten sie immer spekulativer, setzten auf die spekulativ hohen Renditen steigender US-amerikanischer Immobilienpreise. Es entstand ein Kartenhaus aus ungesicherten Anlagen und Krediten, das zusammenbrach, als sich einige Karten als Luschen erwiesen. Während die Banker bis heute nichts gelernt haben und bereits wieder von Renditen von 25 Prozent schwärmen, werden die ganz normalen Leute von heute und künftige Generationen die Zeche für die Schuldenprogramme bezahlen.

4. Gleichzeitig gibt es die andere Seite der Medaille. Obwohl wir hier immer mehr Armut erleben, leben wir Deutschen – wie alle anderen Bewohner der Industriestaaten – auf zu großem ökologischem Fuße. Im wörtlichen Sinne. Das Konzept des ökologischen Fußabdrucks wurde 1994 entwickelt. Es misst jene Fläche auf der Erde, deren Ressourcen ein Mensch beanspruchen kann, ohne die Welt nachhaltig zu schädigen. Nach wissenschaftlichen Berechnungen liegt diese Fläche bei 1,8 Hektar Kulturland pro Person. Wir Deutschen nehmen drei Mal so viel Hektar für uns in Anspruch. Wie alle Bewohner der Industrieländer leben wir auf Kosten der anderen Menschen auf diesem Globus und auf Kosten der Natur. Die Klimaerwärmung ist Ausdruck dessen.

5. Und daraus resultieren Herausforderungen, die auch die Zukunft der Arbeit hier zu Lande beeinträchtigen werden. Die Preise für erneuerbare Rohstoffe werden in den kommenden Jahren steigen und besonders die sozial Schwächeren hart treffen. Dies wird zudem zu großen Umwälzungen in der deutschen Wirtschaft führen, die hunderttausende Arbeitsplätze vernichten, aber auch hunderttausende neu schaffen. Offen ist die Frage, wie diese Umwälzungen ohne die soziale Zerrüttung der Gesellschaft bewältigt werden kann, wenn sich die Spaltung der Gesellschaft schon im Aufschwung verstärkt.

Hinter der gegenwärtigen Krise verbergen sich also äußerst komplexen Problemen zu tun. Und das hat Konsequenzen für die Zukunft der Arbeit in Deutschland. Die wichtigste Konsequenz ist die, dass wir sie nicht mit einem

einfachen „Weiter so“ in den Griff bekommen. Doch dieses Weiter so beherrscht die Köpfe:

1. Die Wirtschaftsliberalen wollen die Entwicklung dem Markt überlassen, weil er besonders flexibel ist. Doch die Finanzkrise hat bewiesen, dass der Markt nicht die Heilung verstärkt, sondern die Krankheit. Der Markt spaltet die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Der Markt sorgt auch nicht für eine ökologische Wirtschaftsweise, er fördert ein möglichst hohes Wachstum und einen möglichst schnellen Verbrauch von Ressourcen. Der Markt alleine fördert keine nachhaltige Entwicklung.

2. Eher gewerkschaftlich und/oder links orientierte Kreise setzen dagegen auf staatliche Investitionen, auf möglichst rasch steigende Löhne, auf höhere Sozialleistungen, zuweilen auf Konsumgutscheine, die Abwrackprämie ist eine Idee von IG-Metall-Chef Berthold Huber. Diese Strategien sind nicht ganz falsch. Wir brauchen mehr staatliche Investitionen, wir brauchen höhere Löhne, vor allem für Geringverdiener und vielfach höhere Sozialleistungen. Doch spätestens bei der Abwrackprämie oder bei auch bei manchen Debatten über Opel stellt sich eine Grundfrage: Können wir für die Zukunft von Arbeit, die Zukunft unserer Wirtschaft einfach wieder auf möglichst hohes Wachstum setzen.

Da sage ich: Nein. Ein einfaches Weiter geht nicht. Wir müssen neue, unpopuläre Fragen stellen: Brauchen wir überhaupt mehr Autos? Wird in Deutschland zu wenig konsumiert, dass Verschrotten und immer mehr kaufen müssen? Heißt die Zukunft von Arbeit? Einfach mehr Wachstum, höhere Löhne, mehr Gewinne, mehr Investitionen – die Kreislauf der 1950er Jahre trägt nicht für das 21. Jahrhundert?

Nein, das Kunststück besteht darin, auf die gegenwärtigen Krise so zu reagieren, dass die notwendigen Schritte über ein „Weiter so“ hinausweisen. Arbeit hat nur eine Zukunft, wenn die Arbeitsgesellschaft so verändert wird, dass die Zukunft der Arbeit Teil einer nachhaltigen Gesellschaft ist.

Fünf Schritte sind dazu wichtig.

1. Investitionen in eine nachhaltige Zukunft

Investitionsprogramme gegen die Krise sind richtig. Unter zwei Bedingungen. Erstens: Sie sollten nur zum Teil durch Schulden finanziert werden. Zweitens sollten die Programme nachhaltig sein, also gerecht, ökologisch und zukunftsorientiert. Dafür braucht es Mut. Erstens den, bestimmte Steuern auch zu erhöhen oder neu einzuführen: Steuern auf höhere Einkommen, Vermögen und Luxuskonsum. Mit dem Ziel, die Steuereinnahmen insgesamt zu erhöhen. Und dieses zusätzliche Geld wird dann massiv in die Zukunft dieses Landes investiert: vor allem in Innovation, in Forschung und Entwicklung, in den ökologischen Umbau der Gesellschaft, also in die biologische Landwirtschaft, in ökologische Verkehrsangebote und in eine umweltverträgliche Energiewende. Dazu brauchen wir Investitionen in Bildung, vor allem in Ganztageskindergärten und Ganztageseschulen, vor allem in die Betreuung von Kindern aus prekären Verhältnissen aber auch in den Ausbau. Auf diese Weise lassen sich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Das Land wird gerechter und umweltverträglicher – und dieser Umbau schafft mehrere hunderttausend Arbeitsplätze. Und dies, ohne dass künftige Generationen alles alleine bezahlen müssen.

2. Die Globalisierung verändert ständig die Lebensverhältnisse und verstärkt die Lebensrisiken. Unter diesen Bedingungen brauchen wir in den Industrieländern vor allem eine Form von Sozialpolitik, nämlich jene, die die Menschen in den wichtigsten Lebensbereichen nach unten absichert: bei der Arbeit, im Alter und bei Krankheit. Im Bereich der Arbeit erfordert dies einen gesetzlichen Mindestlohn. Im Bereich der Rente und der Krankenversicherung erfordert dies eine Rentenversicherung für alle – mit einer Mindestrente. Wie dies geht, das zeigen die Alpenländer. In der Schweiz sind alle Bürgerinnen und Bürger ab dem 20. Lebensjahr Mitglied der gleichen Rentenversicherung – unabhängig davon, ob sie erwerbstätig, nicht erwerbstätig, selbstständig, angestellt, beamtet, Arbeiter oder Angestellte sind. Außerdem entrichten sie Beiträge von allen Einkommen – von Löhnen,

von Gehältern, von Gewinnen und von Vermögenserträgen. Diese breite Basis der Rentenversicherung – alle Bürger, alle Einkommen – hat zwei große Vorteile: Alle Bürgerinnen und Bürger sind im Alter abgesichert, was in Deutschland längst nicht für alle Frauen gilt. Und zudem sind die Beiträge nur halb so hoch wie hier zu Lande – so dass die Nettolöhne höher und die Lohnnebenkosten der Betriebe geringer sind. Ähnliches gelingt Österreich in der Krankenversicherung. Alle Bürger sind in gesetzlichen Krankenversicherungen, die die Grundversorgung absichern und Medikamente auf einer Positivliste bezahlen. Die Beiträge für die Beschäftigten sind halb so hoch wie in Deutschland. In beiden Ländern sind alle Menschen im Alter und gegen Krankheit abgesichert - und dies bei höheren Nettolöhnen und geringeren Lohnnebenkosten

3. Ein neuer Umgang mit Geld – oben und unten

Wir brauchen einen neuen Umgang mit Geld. Im Falle des großen Geldes geht es um klare Regeln: Es muss gelingen, durch strenge Eigenkapital-Regelungen, Sicherheitsvorschriften und ein Verbot besonders riskanter Spekulationen zu verhindern, dass die Geldschöpfung ständig weiter wuchert. Deshalb müssen diese Spielregeln alle Finanzagenturen umfassen – auch uns gerade Hedgefonds und andere Nicht-Banken. Banken müssen reale Geschäfte finanzieren und nicht Blasen produzieren. Gefördert werden müssen Strategien einer langfristigen Finanzierung von Unternehmen und nicht die kurzfristige Umweandlung von Unternehmen in Spekulationsobjekte. Wie es anders geht, zeigen andere Banken: Mehrere Banken – allen die GLS-Gemeinschaftsbank und die Umweltbank in Nürnberg, beweisen täglich, dass Geld auch anders investiert werden kann als für den größtmöglichen Gewinn: Mit ihren Krediten bauen Eltern Kindergärten und Schulen, schaffen Genossenschaften und Kleinbetriebe Arbeitsplätze, blühen erneuerbare Energiequellen und Biohöfe auf. Jedem Kredit entspricht ein Gegenwert. Mehr als 10.000 Projekte sichern mehr als 100.000 Arbeitsplätze. Ein solcher Umgang belohnt Kreativität und schafft Arbeit, die anderswo hohen Renditen geopfert wird. Und darauf könnten öffentliche Banken verpflichtet werden.

4. Das Basler Modell des Ökobonus

Doch mit all diesen Schritten haben wir noch unseren Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensstil noch nicht grundlegend verändert. Dabei haben wir aber ein Problem: Steigende Preise für Rohstoffe, für Öl, für Gas, für Benzin sind ökologisch nützlich (auch für die Zukunft der Arbeit), treffen aber die sozial Schwächeren besonders hart. Haben wir also nur die Wahl zwischen Umweltzerstörung und Armut? Die Antwort lautet: Nein, wenn wir mutig sind. Stellen Sie sich folgendes vor. Die verteuert den Liter Sprit 10 Cent durch eine Abgabe, den Liter Heizöl und der Kubikmeter Erdgas auch. Der Preis einer Kilowattstunde Strom steigt um 1 Cent, und der Preis einer Tonne Kerosin um 100 Euro. Dazu wird eine Abgabe auf den Flächenverbrauch erhoben – sagen wir mal: 5 Euro pro Quadratmeter.« Das ergibt Einnahmen von rund 20 Milliarden Euro jährlich. Doch jetzt verhält sich die Regierung nicht mehr wie bei der Ökosteuer. Nein, sie hat gelernt und gibt die Einnahmen aus den Ökoabgaben an die Bürger zurück: in Form eines jährlichen Grundeinkommens von 250 Euro für alle Bürger, vom Baby bis zum Greis. Zudem erhalten die Unternehmen dieses Einkommen für jeden Arbeitsplatz.

Da fragen sich viele: Was soll das – erst nehmen, dann geben? Die Antwort lautet: Die größten Gewinner – unter Verbrauchern und Unternehmen – sind diejenigen, die mit dem geringsten Energieverbrauch auskommen: Unternehmen und Privathaushalte, die Strom und Sprit sparen, werden am Ende mehr vom Staat herausbekommen, als sie über die Ökosteuer bezahlen. Dieses Ökosteuersystem belohnt diejenigen, die Energie und Ressourcen sparen – und gleicht soziale Härten aus. Dies wäre der erste große Schritt zu einer sozial-ökologischen Revolution. Jetzt wird nicht mehr abgewrackt, sondern erhalten. Jetzt wird nicht mehr verschleudert, sondern gespart und recycelt. Jetzt wird regional produziert und nicht in erster Linie global. Jetzt entstehen viele Jobs im Dienstleistungsgewerbe – das ist der Weg in die nachhaltige Arbeitsgesellschaft. Doch ist das überhaupt realistisch? Oh, das gibt es schon, in der Schweizer Stadt Basel.

5. Das Grundeinkommen

Und wenn wir so weit sind, dann stellen wir unsere Arbeitsgesellschaft auf neue Füße. Stellen Sie sich folgenden Umbau des Sozialsystems vor:

Die meisten Sozialleistungen, von Erziehungsgeld über Bafög, Wohngeld bis zur Sozialhilfe (außer jenen für Pflege und Behinderte) werden ebenso abgeschafft wie die meisten Freibeträge und Sonderregelungen im Steuersystem – zum Beispiel das teure Ehegattensplitting.

Dafür erhalten alle Bürgerinnen und Bürger, die ihren Lebensmittelpunkt seit vielen Jahren in Deutschland haben, vom Finanzamt einen Anspruch auf eine »negative« Einkommenssteuer, also ein Grundeinkommen in einer bestimmten Höhe pro Monat: Zum Beispiel 750 Euro, Kinder 250 Euro. Zudem gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde.

Dieser Anspruch auf ein Grundeinkommen wird mit der »positiven« Einkommenssteuer verrechnet, die alle Bürger auf ihr Erwerbseinkommen bezahlen. Zum Beispiel: Wer 1000 Euro verdient und darauf 25 Prozent Steuer bezahlt, erhält vom Finanzamt noch 750 minus 250 also 500 Euro.

Ein derartiges System, stellt die Gesellschaft auf völlig neue Grundlagen:

- Es gäbe weniger Bürokratie, weil nicht mehr 45 Behörden 138 Sozialleistungen vergeben wie heute. Und dies wird immer wichtiger, weil die Bürokratie heute mit jedem neuen Programm größer wird.
- Die Erwerbsgesellschaft bliebe intakt und würde gerecht. Egal wie Sie rechnen: Wer Erwerbsarbeit leistet, verdient immer mehr verdienen als Leute, die nur von Grundeinkommen leben.
- Aber die soziale Spaltung wäre deutlich entspannt, weil Geringverdiener besonders profitieren. Alle Menschen wären in jedem Lebensalter sozial abgesichert. Auch Arbeiten, die heute nicht bezahlt würde, wären dann leichter möglich: Kindererziehung, Pflege, Bürgerarbeit, Engagement.
- Die Menschen hätten ein Druckmittel gegen ausbeuterische Arbeitgeber. Jetzt müssten sich die Discounter um bessere

Arbeitsbedingungen mühen. Und: Es wäre viel einfacher wäre, die Erwerbsarbeitszeiten zu verkürzen.

- Es gäbe die Möglichkeit, mehrere Lebenskonzepte miteinander zu kombinieren: in bestimmten Lebensjahren mehr Kindererziehung und weniger Erwerbsarbeit; in anderem Alter vor allem Erwerbsarbeit; in späterem Alter mehr Bürgerarbeit und weniger Erwerbsarbeit.
- Und nicht zuletzt wäre der Weg frei für jede Menge Eigeninitiative, die es unter dem Existenzkampf der Wirtschaft sehr schwer hat: ein kleines Unternehmen gründen, ein eigenes Projekt verwirklichen, alternative Wirtschaftsformen stärken; neue Wohnformen für Jüngere und Ältere, Betreuung von Älteren durch Jüngere – all dies wäre einfacher als heute.

Ein Grundeinkommen würde dieser angespannten, dauergestressten Wachstumsgesellschaft eine großartige Möglichkeit geben: nämlich entspannt und sozial eine nachhaltige Zukunft zu gestalten. Und es würde diese Gesellschaft ein Stück weit vom Dauerwachstumswang, vom Zwang zum Immer Mehr befreien.

Und es sage niemand, es wäre nicht finanzierbar. Selbst die CDU-nahe Konrad Adenauer Stiftung hat es als finanzierbar bezeichnet, wenn zur Abschaffung von vielen Sozialleistungen und Steuerfreibeträgen noch eine Steuerleistung hinzukäme. Das müsste aus meiner Sicht eine Abgabe auf die riesige Produktivität der Wirtschaft sein. Denn in Zukunft geht es darum, einen Teil der unglaublich hohen Produktivität der Wirtschaft in die soziale Produktivität der Menschen zu investieren.

Doch: Sind solche Visionen politisch durchsetzbar?

Die Antwort: Nachhaltige Investitionen, Solidarischer Sozialstaat, Neuer Umgang mit Geld, Ökobonus, Grundeinkommen erfordern von allen ein neues Denken, sind aber mehrheitsfähig, weil diese Konzepte gleichzeitig sozial, liberal, grün und wertkonservativ sind.

Es handelt sich um ein soziales Konzept, weil sie die solidarische Umverteilung von wirtschaftlichem Reichtum zu Gunsten der sozial Schwächeren vorsehen.

Gleichzeitig sind es auch ein liberale Konzepte, denn die individuellen Freiräume werden größer – und dies nicht nur für die Wenigen, die sich diese Freiräume heute schon auf dem Markt kaufen können.

Und es handelt sich um ein grünes Konzept. Denn der Ökobonus sorgte für den umweltgerechten Umbau der Wirtschaft – und belohnt einen ökologischen Lebensstil. Gleichzeitig sorgt es dafür, dass möglichst viele Menschen diesen Weg mitgehen können, die durch höhere Preise für die Umwelt überfordert wären. Deshalb ist das Konzept in seinem Kern (wert-)konservativ, weil es die Industriegesellschaft verändert, um die Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen bewahren zu können.

Zugegeben, diese fünf Schritte erscheinen dennoch schwierig. Deshalb: Fangen wir klein an: Mit einem wirklich solide finanzierten nachhaltigen Investitionsprogramm, mit einer Mindestrente für alle, mit einer Ökoabgabe auf Sprit und mit einer Grundsicherung für Kinder. Das wäre doch ein Anfang. Und deutlich zukunftsorientierter als Abwrackprämien und Steuersenkungen.

Schon bei diesem Anfang würde deutlich: Diese fünf Schritte – Zukunftsinvestitionen, soziale Sicherung, sauberes Geld, Ökobonus und Grundeinkommen - eröffnen eine große Chance für die Arbeitsgesellschaft: Nämlich dieser gelähmten, verunsicherten Gesellschaft, in der alle wissen, dass es so nicht weitergehen kann, neues Leben einzuhauchen – weil in einer Vision zu zeigen, wohin der Weg gehen könnte.

Wolfgang Kessler